

## DER STAATS-SCHLUSSVERKAUF – Das Privatisierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung und die Notwendigkeit von strategischem Eigentum an österreichischen Großunternehmen

1. Einleitung .....	80
2. Der Verkauf von Beteiligungsanteilen der ÖIAG .....	81
3. Strategisches Eigentum in einer globalisierten Wirtschaft .....	91
4. Schlussbemerkung .....	98

Auszug aus WISO 1/2001

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**Josef Moser**

Mitarbeiter der  
Abteilung  
Wirtschaftspolitik der  
Kammer für Arbeiter  
und Angestellte für  
Oberösterreich

## 1. Einleitung

Die schnelle und vollständige Privatisierung von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen mit öffentlicher Beteiligung ist eines der Hauptmerkmale der Wirtschaftspolitik der derzeitigen österreichischen Bundesregierung. Neben ideologischen Gründen sind vor allem der Abbau von Schulden und der Erhalt zusätzlicher Mittel für das Budget Hauptmotive für den Verkauf von Unternehmensanteilen und Immobilien.

Im Zentrum stehen dabei die Beteiligungen der Unternehmensholding des Bundes, der Österreichischen Industriemehrheitsgesellschaft ÖIAG. Diese fungiert als Kernaktionär ehemals verstaatlichter Großbetriebe, wie OMV, VA-Stahl, VA-Tech, Böhler Uddeholm, sowie der österreichischen Fluggesellschaft AUA oder der Austria Tabak. Seit 1. Jänner 2000 verwaltet die ÖIAG auch die Eigentumsanteile des Bundes für die Post und die Telekom Austria. Bei einem vollständigen Verkauf aller Beteiligungen erwartet man sich Erlöse von bis zu 180 Mrd. Schilling.

*Veräußerung von  
Immobilien*

Neben diesen Unternehmensbeteiligungen werden auch Immobilien des Bundes veräußert. Durch den Verkauf eines erheblichen Teils von Liegenschaften des Bundes an die im 100%igen Eigentum des Bundes stehende Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) sollen 33 Mrd. Schilling an Budgeteinnahmen erzielt werden. Die BIG finanziert diese Summe aus dem Verkauf von Liegenschaften und Wohnungsgenossenschaften an Private sowie durch Kreditaufnahme. Für die Nutzung von Bürogebäuden haben in Zukunft Bundesbehörden an die BIG Mieten zu entrichten. Somit wird der Bundeshaushalt nur kurzfristig entlastet. Von der Privatisierung sind 107.000 Wohnungen bundesweit und 20.700 allein in Oberösterreich betroffen. Daneben werden auch Teile des von der Österreichischen Bundesforste AG (Öbf) verwalteten Waldes zum Verkauf freigegeben. Der Bund erwartet sich dadurch Einnahmen von 3 Mrd. Schilling. Da die Öbf auf Grund eines Verfassungsgesetzes nur dann Liegenschaften veräußern darf, wenn die Erlöse für Ankäufe oder zur Substanzerhaltung verwendet werden, überträgt der Bund im Gegenzug

*Privatisierung  
von 107.000  
Wohnungen*

die Verwaltung von Seen (Wörthersee, Millstättersee, Ossiachersee, Attersee usw.) und Seeuferflächen an die Öbf. Weitere Privatisierungen stehen im Energiesektor (Gas- und Elektrizitätswirtschaft) an. Durch Ausgliederungen öffentlicher Betriebe (insbesondere auch Versorgungsunternehmen der Kommunen) werden Möglichkeiten von weiteren Beteiligungsverkäufen der öffentlichen Hand geschaffen.

*weitere  
Privatisierungen  
im Energiesektor*

Im Zentrum der Privatisierungsbestrebungen steht jedoch derzeit der Verkauf der Unternehmensbeteiligungen der ÖIAG. Damit werden weit reichende Änderungen für die betroffenen Unternehmen und ihre Beschäftigten sowie für den Wirtschaftsstandort als Gesamtheit geschaffen. Deshalb werden im Rahmen dieses Artikels die damit zusammenhängenden Fragen ausführlich behandelt.

## **2. Der Verkauf von Beteiligungsanteilen der ÖIAG**

### **2.1. Die Schulden der ÖIAG**

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre mussten einschneidende Strukturänderungen in den verstaatlichten Betrieben vorgenommen werden. Mehrere Gründe waren dafür ausschlaggebend:

*mehrere Gründe  
ausschlaggebend*

- Die Unternehmen durften in der Vergangenheit keine weiterverarbeitenden Bereiche aufbauen, diese sollten der Privatwirtschaft vorbehalten bleiben.
- Die Unternehmen waren Grundstoffproduzenten, der Grundstoffsektor geriet Mitte der 70er Jahre weltweit in die Krise (z. B. Stahlkrise). Es gab hohe Überkapazitäten, auch in anderen Ländern kam es zu spektakulären Betriebsschließungen.
- Die Verstaatlichte leistete einen Beitrag zur Beschäftigungspolitik, indem sie mehr Beschäftigte als betriebswirtschaftlich notwendig hielt, um höhere Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die Kosten mussten die Unternehmen selbst tragen. Außerdem wirkten sich diese Maßnahmen strukturschonend aus (gemessen z. B. als Anteil des Grundstoff-

*Beitrag zur  
Beschäftigungs-  
politik*

<i>Fehlinvestitionen</i>	<p>sektors innerhalb der Sachgüterproduktion).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zu Beginn der 80er Jahre erhielt die Verstaatlichte den Auftrag, in neue Technologiebereiche einzusteigen. Fehlende Erfahrungen und mangelndes Know-how führten zu Fehlinvestitionen.</li> </ul>
<i>Spekulationsverluste</i>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Das Handelsunternehmen Intertrading der Voest machte mit Öleinkäufen hohe Spekulationsverluste, welche auf Grund fehlender Finanzreserven nicht mehr abzudecken waren. Dies war der Auslöser der so genannten Verstaatlichtenkrisis.</li> </ul>
<i>Zuführung von Finanzmitteln war notwendig</i>	<p>Die Verstaatlichte wurde in Folge mehrere Male umstrukturiert. 1986 wurde der ÖIAG die Aufnahme eines Darlehens von 60 Milliarden ATS genehmigt. Die Zuführung von Finanzmitteln war notwendig, um einen raschen Modernisierungsprozess einzuleiten. Es gelang damit, den Grundstein für den späteren Erfolg der mehrheitlich privatisierten Unternehmen zu legen.</p>
<i>Industriefriedhöfe und Massenarbeitslosigkeit verhindert</i>	<p>Nur so konnten Industriefriedhöfe und Massenarbeitslosigkeit wie in anderen Ländern verhindert werden. Der Staat verpflichtete sich, die Schuldentilgung zu übernehmen. Dieser Verpflichtung kam er allerdings nur zum Teil nach. Vor der Eingliederung der Post- und Telekom-Beteiligungsgesellschaft (PTBG) blieb ein Schuldenstand von 51,7 Mrd. Schilling offen. Ende 1999 betrug die aushaftende Summe, welche durch den Bund zu tilgen wäre, 46,1 Mrd. Schilling. Die restliche Summe ergab sich aus einem Gesellschafterdarlehen des Bundes an die ÖIAG von 7,5 Mrd. Schilling im Zusammenhang mit den Problemen der AMAG Ranshofen Mitte der 90er Jahre, welches nicht zur Gänze beansprucht bzw. teilweise getilgt wurde.</p>
<i>Beiträge in das Bundesbudget</i>	<p>Die Post- und Telekom bilanzierte in der Vergangenheit positiv, musste aber Beiträge in das Bundesbudget leisten, welche dem Betriebsergebnis nicht entsprachen. Daraus ergab sich um die Jahreswende 1999/2000 ein offener Schuldenstand von 29,4 Mrd. Schilling. Nach der Fusionierung ergab sich somit ein Gesamtschuldenstand der ÖIAG von über 81 Mrd. Schilling. Auf Grund der Budgetlage des Bundes war es gerechtfertigt, diesen Schuldenstand zumindest teilweise durch</p>

Anteilsverkäufe abzudecken. Die Notwendigkeit, deshalb die Sperrminorität bei Beteiligungsgesellschaften aufzugeben oder gar zu 100 % zu verkaufen, ist dadurch allerdings nicht begründbar.

Die Bundesregierung ist nicht bereit, aus dem Budget einen gewissen Teil der Schuldenabdeckung weiterhin zu übernehmen. Dies würde das angestrebte Ziel eines so genannten Null-Defizits erschweren. Man erwartet sich sogar einen Mittelzufluss für einzelne Politikbereiche, wie beispielsweise die Technologiepolitik (Forschungsförderung). Um eine Summe von ca. 80 Mrd. abdecken zu können, muss vor allem die Telekom Austria (bzw. wesentliche Anteile davon) zum Verkauf angeboten werden, denn dieses Unternehmen repräsentiert einen entsprechend hohen Wert (geschätzter Wert Ende 1999 ca. 120 Mrd. Schilling).

*Notwendigkeit  
Sperrminorität  
aufzugeben ist  
nicht begründbar*

*Mittelzufluss für  
Technologiepolitik*

## 2.2. Die geplanten Privatisierungen der ÖIAG-Beteiligungen

Das Privatisierungsprogramm der Bundesregierung für die ÖIAG-Anteile sieht zwei Phasen vor.

In einer ersten Phase sollen folgende Unternehmen verkauft werden (Stand Februar 2000):

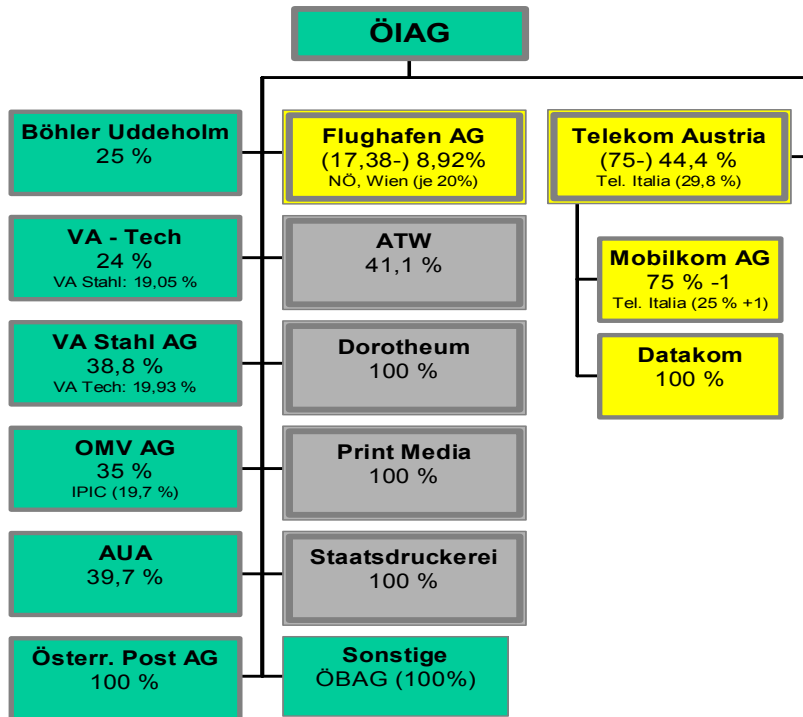
zu 100 %	geschätzter			
	Erlös		ÖIAG-Anteil	
Österreichische Staatsdruckerei	150 Mio		100 %	
Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank GmbH	500 Mio		100 %	
Print Media Austria	150 Mio		100 %	
Flughafen Wien AG	1,9 Mrd		17,38 %	
Österreichische Postsparkasse	10–12 Mrd		100 %	
Austria Tabak	5,2 Mrd		41,1 %	
Telekom Austria	80–120 Mrd		75 %	
Abgabe weiterer Anteile:				
VA-Stahl (8–10 %)	1,5 Mrd		38,8 %	

In einer zweiten Phase soll der 100%ige Verkauf folgender Unternehmen geprüft und anschließend durchgeführt werden:

VA-Stahl	4 Mrd			
VA-Tech	3 Mrd		24 %	
OMV	10,6 Mrd		35 %	
Böhler Uddeholm	1,5 Mrd		25 %	
Austrian Airlines	3 Mrd		39,7 %	
Österreichische Post	?		100 %	

Im Laufe des Jahres 2000 wurden die ersten Privatisierungen durchgeführt. Die PSK wurde zu 100 Prozent verkauft, die Anteile an der Flughafen Wien AG auf ca. 9 Prozent reduziert und von der Telekom Austria 30,6 Prozent abgegeben. Die nächsten Privatisierungen betreffen die Austria Tabak Werke, die Dorotheum GmbH sowie die Print Media Austria (alle zu 100 Prozent) sowie die restlichen Bundesanteile an der Flughafen Wien AG.

Beteiligungsstruktur der ÖIAG (Stand: Frühjahr 2001)



- = Anteile bereits verkauft, weitere geplant
- = Verkauf steht unmittelbar bevor
- = Verkauf zu einem späteren Zeitpunkt

Der Verkauf von Anteilen der Telekom Austria über die Wiener Börse muss als Misserfolg gewertet werden. Deshalb kam es zu Differenzen über die weitere Strategie. Trotz Beteuerungen einzelner Regierungsmitglieder, am geplanten Privatisierungskurs festzuhalten, könnte es zu vorzeitigen Anteilsverkäufen kommen.<sup>1</sup>

*Differenzen über weitere Strategie*

### 2.3. Das neue ÖIAG-Gesetz

Mit dem ÖIAG-Gesetz 2000 wurde die ehemalige Post- und Telekom-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes) in die ÖIAG eingegliedert. Die ÖIAG sollte auch den Verkauf für die Telekom Austria inkl. Mobilkom, an denen die Telekom Italia bereits zu 25 Prozent beteiligt war, sowie gelbe Post, Postsparkasse und Postbusse abwickeln. Neben der Eingliederung der österreichischen Post- und Telekomunternehmen kam es durch das neue ÖIAG-Gesetz zu wichtigen gesellschaftsrechtlichen Änderungen: Die Bestellung des Aufsichtsrates, welche durch den Eigentümer (als Eigentümerversorger des Staates fungiert der Finanzminister) letztmalig und in weiterer Folge aus sich selbst heraus erfolgen sollte. Die VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen im Aufsichtsrat können sich nur mehr aus den Beteiligungsunternehmen rekrutieren (und nicht mehr aus überbetrieblichen Vertretungsorganen wie den Gewerkschaften). Die Organe der Beteiligungsfirmen sollten weitestgehend unabhängig von der ÖIAG agieren. Ihre vorzeitige Absetzbarkeit ist laut Aktiengesetz nur bei grober Pflichtverletzung möglich, wobei die Zuständigkeit beim jeweiligen Aufsichtsrat liegt.

*wichtige  
gesellschafts-  
rechtliche  
Änderungen*

*Rolle der ÖIAG  
eingeschränkt*

Die Rolle der ÖIAG als Beteiligungsholding und damit Kernaktionär wurde zwar grundsätzlich anerkannt, aber gleichzeitig beschränkt. Die Beteiligungen sollten nicht über 25 Prozent und eine Aktie hinausgehen. Wenn dies erforderlich wäre, so nur kurzfristig. Syndizierungen mit anderen Anteilsinhabern sind vorgesehen. Anders als bei früheren Gesetzesänderungen über die ÖIAG wurde nicht mehr geregelt, welche Unternehmen von den geplanten Privatisierungen betroffen sind und in welchem Umfang Anteile abgegeben werden sollen. Die ÖIAG hat den von der jeweiligen Regierung beschlossenen Privatisierungsauftrag umzusetzen. Ein Beschluss ist nur mehr im Ministerrat notwendig. Damit ist die demokratische Kontrolle durch das Parlament und ein entsprechendes Begutachtungsverfahren ausgeschlossen.



## 2.4. Praxis und Auswirkungen der neuen Privatisierungspolitik

### 2.4.1. „Repolitisierung“ durch verstärkte Einflussnahme der Regierungsparteien

Auf heftige Kritik stieß zunächst die ÖIAG - Personalpolitik der VP/FP-Koalitionsregierung. Der Aufsichtsrat sollte mit unabhängigen Wirtschaftsmanagern besetzt werden. Die Auswahl dieser Personen erfolgte zwar auf Vorschlag einer Consulting-Firma, die besondere Nähe mehrerer Mitglieder (AR-Vorsitzender Alfred Heinzl, Cornelius Grupp, Veit Sorger, Veit Schalle) zum Papierindustriellen und FP-Wirtschaftssprecher Thomas Prinzhorn erntete den Vorwurf der Seilschaften und des neuen schwarz-blauen Proporz. Die neuen Mitglieder des Aufsichtsrates gelten zudem alle als Befürworter eines raschen und kompromisslosen Privatisierungskurses.

In den vergangenen Jahren zog sich die ÖIAG bei den Beteiligungsunternehmen auf Minderheitsbeteiligungen zurück. Sie hielt sich streng an das Aktiengesetz und griff (als Minderheitsaktionär) nicht mehr in die Einzelunternehmen ein. Die neue ÖIAG-Führung hingegen praktiziert nun offensichtlich einen entgegengesetzten Kurs.<sup>2</sup> Die direkte Einflussnahme auf Personalentscheidungen von Beteiligungsgesellschaften durch den Aufsichtsratsvorsitzenden der ÖIAG ist zwar rechtlich nicht gedeckt, ist aber offensichtlich gängige Praxis. Angetreten mit Schlagworten der Entpolitisierung und „Privatisierung pur“ wird trotzdem immer wieder Druck auf Führungskräfte oder Mitglieder von Aufsichtsräten von Beteiligungsunternehmen ausgeübt. So werden so genannte Empfehlungen abgegeben oder freiwillige Rücktrittserklärungen zur Unterschrift versandt.

Kritiker sprechen dabei sogar von einer „Säuberungswelle“, weil angeblich missliebige Manager oder Aufsichtsräte (welchen vorzugsweise eine Nähe zur sozialdemokratischen Partei nachgesagt wird) zu freiwilligen Rücktritten aufgefordert oder im Rahmen von außerordentlichen Hauptversammlungen abberufen werden. Die Risse in der Führung der ÖIAG führten

*neue Mitglieder des Aufsichtsrates sind Befürworter eines raschen und kompromisslosen Privatisierungskurses*

*"Säuberungswelle"*

im Jänner 2001 zum Rücktritt von Generaldirektor Rudolf Streicher, als das Ergebnis eines Gutachtens der Investmentbank Morgan Stanley an die Öffentlichkeit drang, welches nicht der Vorstand, sondern der Aufsichtsrat der ÖIAG in Auftrag gegeben hatte. Nicht nur zwischen den Führungsgremien der Holding kam damit eine Konfliktlinie offen zu Tage, auch verschiedene maßgebliche Repräsentanten der Koalitionsregierung betonten nun, dass keine vorgezogenen Privatisierungen stattfinden werden.

Einerseits verstehen sich die neuen Führungsmitglieder zwar als „Entstaatlicher“, andererseits versuchen sie, die Beteiligungsholding als Konzernholding zu führen, die sie auf Grund der längst vollzogenen mehrheitlichen Privatisierung der meisten Beteiligungsunternehmen gar nicht mehr ist. Kritiker merken an, dass die neue ÖIAG-Führung als Privatisierungsbefürworter den Staat als schlechten Eigentümer sehen und nun angetreten seien, dies durch ihr Handeln selbst unter Beweis zu stellen.<sup>3</sup>

*Staat als  
schlechter  
Eigentümer durch  
Handeln unter  
Beweis stellen*

Die Handlungsweise des Aufsichtsrates gab auch sonst verstärkt Anlass zu Kritik. Von Inkompetenz war gar die Rede – Aufsichtsratsvorsitzender Heinzl rechtfertigte etwa Eingriffe in die Unternehmenspolitik der Fluggesellschaft AUA mit deren angeblich katastrophaler wirtschaftlicher Lage. Dies hatte zur Folge, dass es zu einem Kurssturz der AUA-Aktie an der Wiener Börse kam (womit der ÖIAG selbst Schaden zugefügt wurde).<sup>4</sup>

#### 2.4.2. Erfolge und Misserfolge bisheriger Verkäufe

*Verkauf der  
Postsparkasse:  
Erwartungen  
übertroffen*

Als sehr erfolgreich kann der Verkauf der Postsparkasse (PSK) an die BAWAG-Bank eingestuft werden. Es wurde ein Erlös von ca. 17 Mrd. Schilling erzielt und damit die Erwartungen übertroffen. Strittig war, ob die Post AG ebenfalls einen bedeutenden Anteil an der PSK übernehmen sollte. Dies wurde letztlich untersagt. Eine Beteiligung der Post hätte insoferne Sinn gemacht, als die Entwicklung des Netzes der Postämter und jene der Filialen der PSK weitgehend ident ist. Da die Post selbst in einigen Jahren zur Privatisierung an-

steht, werden umfangreiche Rationalisierungsschritte gesetzt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Schließung zahlreicher kleinerer Postämter führen werden.

Unspektakulär verlief die Abgabe von Anteilen der ÖIAG an der Flughafen Wien AG. Allerdings stellte dieser Verkauf keine eigentliche Privatisierung dar, haben ja die Länder Wien und Niederösterreich die Anteile übernommen.

*Abgabe von Anteilen der Flughafen Wien AG*

Beinahe desaströs hingegen verlief der Börsengang der Telekom Austria. Eigentlich sollte der Verkauf der Telekom das Kernstück der Privatisierungsmaßnahmen darstellen. Im November 2000 wurden 25,8 Prozent der Aktien an die Börse gebracht. Zunächst glaubte man an einen Erlös von 30 Mrd. Schilling. Auf Grund des schlechten Börsenumfeldes und der geringen Nachfrage nach Telekom-Aktien durch internationale Fonds wurde ein sehr niedrig angesetztes Preisband von 9 bis 12 Euro je Aktie festgelegt. Letztlich konnte nur die unterste Grenze von 9 Euro erzielt werden. Damit blieben die Einnahmen weit hinter den Erwartungen zurück. Anstatt der erhofften 30 Mrd. Schilling konnten nicht einmal ganze 16 Mrd. Schilling eingenommen werden. Zum Vergleich: Die Telekom Italia zahlte 1998 für 25 Prozent und eine Aktie an der Telekom Austria 28,4 Mrd. Schilling. Der Telekom Italia wurde eine Nachbesserung für den Fall zugesagt, dass der Preis pro Aktie unter 11,87 Euro zu liegen kommt. Da dies der Fall war, bekam sie 4,8 Prozent Aktienanteil im Wert von 2,8 Mrd. Schilling quasi geschenkt. Ihr Anteil an der Telekom Austria beträgt nun 29,8 Prozent.

*desaströs verlief der Börsengang der Telekom Austria*

### 2.4.3. Auswirkungen auf den Kapitalmarkt

Die bisherige Privatisierungspolitik hatte vor allem für den österreichischen Kapitalmarkt negative Auswirkungen. Die Beteiligungsunternehmen der ÖIAG verzeichneten bis Ende 2000 einen Kursverlust von ca. 24 Mrd. Schilling. Allein die ÖIAG-Anteile (ohne Telekom Austria) verzeichneten einen Wertverlust von ca. 9 Mrd. Schilling.<sup>5</sup>

*Kursverlust von ca. 24 Mrd. Schilling*

Nachhaltig negativ wirkt sich der Flop der Telekom-Privatisierung aus. Die Telekom-Aktie verlor innerhalb eines Monats ein Drittel ihres Emissionswertes. Dabei erhoffte man sich von dieser Emission eine besondere Belebung der Wiener Börse. Weltweit sanken seit März 2000 Technologie- und Telekomwerte an den internationalen Börsen. Analysten hofften aber auf einen Umschwung im Spätherbst. Dieser stellte sich allerdings nicht ein. Die im Frühjahr 2000 zum Teil weit überhöhten Werte verzeichneten weitere Einbußen. Die ÖIAG reagierte auf das geänderte Börsenumfeld nicht. Um den Regierungsauftrag – vollständige Privatisierung der Telekom Austria über die Börse bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2003 – realisieren zu können, war der Börsengang kaum aufschiebbar.<sup>6</sup>

*Kampagne zur  
breiten  
Publikums-  
streuung*

Begleitet wurde die Börsenplatzierung der Telekom-Austria mit einer großen Kampagne zur breiten Publikumsstreuung, der so genannten Volksaktie. Frühzeichner erhielten einen niedrigeren Bezugspreis. Zudem wurden Mitarbeiteraktien begünstigt ausgegeben. Dadurch sollte auch die Wiener Börse „wach geküsst“ werden. Die grandiosen Kursgewinne (Spekulationsgewinne) der letzten Jahre an internationalen Technologiebörsen bildeten den atmosphärischen Rahmen dazu. Von den zum Verkauf angebotenen Aktien sind aber kaum 10 Prozent an ca. 30.000 österreichische Neo-Aktionäre gegangen, wobei etwas mehr als 10.000 Mitarbeiter der Telekom Austria das Papier zeichneten.<sup>7</sup> Der Anteil der „Volksaktionäre“ an der Telekom beträgt schätzungsweise weniger als 5 Prozent. Der starke Kursverlust der TA-Aktie hat letztlich einem breiten Publikum drastisch vor Augen geführt, dass Aktiengeschäfte mit entsprechenden Risiken verbunden sind.

*an der  
Wiener Börse  
verschwinden  
wichtige Kurse*

An der Wiener Börse zeichneten und zeichnen sich weiterhin für sie negative Trends ab. Verkäufe von großen Unternehmen wie der Steyr Daimler Puch AG führten zum Verschwinden wichtiger Kurse. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Aufgehen der Bank Austria in der Bayrischen Hypo-Vereinsbank. Damit notiert die wichtigste Bank Österreichs nicht mehr

an der Börse. Der Verkauf der Lenzing AG an den britischen Investmentfonds CVC Partners wird auch diesen Wert zum Verschwinden bringen. Weitere Beteiligungsfirmen der ÖIAG, wie die Austria Tabak, werden ebenfalls von der Wiener Börse genommen, wenn sie an Einzelinteressenten verkauft werden. Die Telekom Austria könnte längerfristig in der Telekom Italia aufgehen. Die von der Regierung verkündete Kapitalmarkt-offensive (z. B. durch steuerliche Anreize von Stock Options oder Mitarbeiterbeteiligungen) wird dadurch konterkariert. Die Gefahr, dass der Finanzplatz Wien in die völlige Bedeutungslosigkeit versinkt wird offensichtlich kaum wahrgenommen.

*Finanzplatz Wien  
versinkt in  
völliger  
Bedeutungs-  
losigkeit*

Der Bundesregierung ist durch den Flop der Börsenplatzierung der Telekom Austria ein zentrales Instrument der Privatisierungsbestrebungen abhanden gekommen. Zukünftige Privatisierungen werden großteils nicht mehr über die Börse laufen. Das Konzept des strategischen Eigentums ist damit bei weiteren Privatisierungen ernstlich in Frage gestellt, weil sich strategische Partner an Unternehmen wohl kaum mit geringen Anteilen ohne wesentlichen Einfluss einkaufen wollen.

*zentrales  
Instrument der  
Privatisierungs-  
bestrebungen  
abhanden  
gekommen*

### **3. Strategisches Eigentum in einer globalisierten Wirtschaft**

#### **3.1. Die Bedeutung von Unternehmenszentralen für den Wirtschaftsstandort**

Die Erfahrungen der vergangenen Monate haben gezeigt, dass das Handeln der ÖIAG nicht auf betriebswirtschaftliche Dimensionen reduziert werden kann, sondern wirtschaftspolitische Bedeutung hat. Die Beseitigung von wirtschaftspolitischen Know-how-Trägern und deren Ersetzung durch betriebswirtschaftlich denkende Einzelunternehmer könnte sich als ein strategischer Fehler mit sehr negativen Folgen herausstellen.

*Handeln der  
ÖIAG hat  
wirtschafts-  
politische  
Bedeutung*

*Unternehmen in  
der Vergangen-  
heit auf Börsen-  
gang gut vor-  
bereitet*

In der Vergangenheit wurde bei Privatisierungen behutsamer und damit erfolgreicher vorgegangen. Von 1993 bis 1999 konnten Erlöse von ca. 74 Mrd. Schillingen erzielt werden. Insgesamt förderten die Privatisierungen die Liquidität der Wiener Börse. Die Unternehmen wurden auf den Börsengang gut vorbereitet, sodass sie wirtschaftlich erfolgreich agieren konnten und für Investoren interessant waren. Unternehmen wie die VA Stahl zählen heute im europäischen Vergleich zu den effizientesten ihrer Branche. Der Grundstein dafür wurde bereits vor der mehrheitlichen Privatisierung gelegt. Dies unterscheidet etwa eklatant den Börsengang der Telekom Austria: Noch während der Zeichnungsfrist verlautbarte das Unternehmen die Notwendigkeit von Rationalisierungen und Personaleinsparungen in der Höhe von ca. 5.000 Beschäftigten. Zudem wurden für die nächsten Jahre Verluste vorhergesagt. Das Unternehmen war somit für einen Börsengang schlichtweg nicht gerüstet.

*Wirtschaftsstandort  
wird für  
ausländische  
Niederlassungen  
an Attraktivität  
verlieren*

Durch die Schwächung des Finanzplatzes Wien wird der gesamte Wirtschaftsstandort für ausländische Niederlassungen internationaler Finanzdienstleister und Konzerne an Attraktivität verlieren. Inländische Unternehmen mit hochwertigen Dienstleistungsangeboten werden Teile ihrer Geschäftsgrundlagen verlieren. Damit gehen auch wertvolle Arbeitsplätze verloren.

Ähnliches passiert beim Abwandern wichtiger Konzernzentralen aus Österreich: Wichtige wirtschaftliche Entscheidungen werden an neue Eigentümer zur Gänze abgegeben. Wirtschaftliche Maßnahmen in Großbetrieben, wie Neuinvestitionen oder Betriebsschließungen, betreffen eine gesamte Region, weil es sich um große Einheiten mit zahlreichen Beschäftigten oder um Großaufträge für Zulieferbetriebe handelt.

*Unternehmens-  
zentralen  
beeinflussen  
Qualität*

Unternehmenszentralen beeinflussen die Qualität eines ganzen Wirtschaftsstandortes durch:

- Nachfrage nach hochwertigen Wirtschafts-, Rechts- und Beratungsdiensten
- Nachfrage nach produktionsnahen Dienstleistungen (EDV,

- Marketing, Logistik, Finanzierung etc.)
- Forschung und Entwicklung im Inland
  - Nachfrage nach inländischem Managementpersonal
  - Nachfrage nach höherwertiger Infrastruktur
  - höherwertige inländische Fertigung von Waren und Dienstleistungen
  - inländisches Zuliefernetzwerk
  - Aufwertung des Kapitalmarktes (inländische Großunternehmen sind die wichtigsten Anlagewerte an der Wiener Börse).

Im Zeitalter der Globalisierung ist es wichtig, Strategien zu entwickeln, welche die Unternehmen an einen Standort stärker binden. Die Standortqualität hängt eben auch davon ab, ob bedeutende Unternehmen ihren Sitz in einer Region haben. Dies gilt es sicherzustellen. Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass andere Wirtschaftsregionen sehr wohl Strategien und Instrumente dazu haben.

### 3.2. ÖIAG als strategischer Eigentümer weiterhin wichtig

Um die Konzernzentralen österreichischer Großbetriebe weiterhin im Inland abzusichern ist es notwendig, dass die ÖIAG strategischer Eigentümer der Beteiligungsunternehmen bleibt. In Österreich gibt es keine Großaktionäre, die diese Rolle für die zum Verkauf anstehenden Großunternehmen übernehmen könnten. Versicherungsgesellschaften wie UNIQA, Städtische oder Generali haben jeweils ca. 200 Mrd. Schilling ihrer Kunden zur Risikominimierung breit gestreut veranlagt. Nur ein Teil dieser Summen wurde in Aktien angelegt. Davon könnte wiederum nur ein Bruchteil in ÖIAG-Titel gehen. Versicherungen sehen sich zudem kaum in der Rolle industrieller Kernaktionäre, sondern als reine Finanzinvestoren. Auch Banken empfinden sich nicht als Kernaktionäre und stoßen derzeit ihre Industriebeteiligungen ab. Vermögende Privatpersonen können die Kernaktionärsrolle in Anbetracht der großen Summen ebenfalls nicht übernehmen.<sup>8</sup>

Man spricht von strategischem Eigentum, wenn bei der Zusammensetzung der Eigentümerstruktur bewusst darauf ge-

*keine  
Großaktionäre in  
Österreich*

*nationale  
Zuordnung von  
Unternehmen  
erfolgt nach  
nationaler  
Zurechenbarkeit  
der Kern-  
aktionäre*

*mit einer  
Beteiligung  
können  
Entscheidungen  
beeinflusst  
werden*

achtet wird, dass die betroffenen Unternehmen als inländisch und damit eigenständig gelten. Die nationale Zuordnung von Unternehmen erfolgt üblicherweise nach der nationalen Zurechenbarkeit des oder der Kernaktionäre. Durch sie ist meist auch der Sitz von Unternehmenszentralen bestimmt.<sup>9</sup> Das heißt, dass auch die Standortbindung von Unternehmen über die Eigentümerstruktur festgelegt ist. Strategischer Eigentümer ist in der Regel der Hauptaktionär, welcher direkt oder über Syndikate mit anderen Aktionären wenigstens eine Sperrminorität von 25 Prozent plus einer Aktie kontrolliert bzw. das Stimmrecht in diesem Ausmaß ausübt. Aufsichtsrat und Geschäftsführung eines Unternehmens müssen im Sinne der Eigentümer handeln und unterliegen somit der Kontrolle der Hauptversammlung. Bestimmte Entscheidungen bedürfen so genannter qualifizierter Mehrheiten. Im Aktiengesetz ist geregelt, welche Beschlüsse z. B. mindestens eine Dreiviertelmehrheit benötigen. Damit können umgekehrt mit einer Beteiligung von 25 % + 1 Aktie (= Sperrminorität) grundsätzliche Entscheidungen und die Personalpolitik (führendes Management, Aufsichtsräte) maßgeblich beeinflusst werden. Eine Dreiviertelmehrheit in der Hauptversammlung benötigen unter anderem folgende Beschlüsse:

- Änderung des Unternehmensgegenstandes
- Veränderung des Eigenkapitals
- Auflösung oder Umwandlung der Gesellschaft
- Verschmelzungen
- Vermögensübertragung
- Betriebsführungs- und Betriebsüberlassungsverträge
- Abbestellung von Aufsichtsräten.

Bei sehr breit gestreuten Besitzverhältnissen genügen auch weniger als 25 Prozent, um einen bestimmenden Einfluss auf ein Unternehmen ausüben zu können, weil bei den Hauptversammlungen nur ein bestimmter Prozentsatz des gezeichneten Kapitals anwesend ist, aber für alle 100 Prozent entscheidet.



In vielen Ländern ist es üblich, durch wenige Großaktionäre (Banken, andere Großunternehmen) einen Kernbesitz (Aktionärs-kern) zu bilden. Vor allem in Deutschland und Frankreich hat sich dadurch eine weit verzweigte Struktur der gegenseitigen Verflechtung von Banken, Unternehmen und öffentlicher Hand herausgebildet. Studien zeigen, dass Unternehmen mit einer gemischten Eigentümerstruktur (Public Private Ownership) keinesfalls schlechter als rein private Konkurrenten wirtschaften, aber in besonderem Maße Standortinteressen berücksichtigen.<sup>10</sup>

*Unternehmen mit gemischter Eigentümerstruktur berücksichtigen in großem Maß Standortinteressen*

### **3.3. Notwendig: Mix aus standortgebundenem und internationalem Kapital**

Im Zeitalter der Globalisierung kommt es zu einer zunehmenden Verflechtung der Unternehmen weltweit. Das heißt, in jedem Land gibt es ein bestimmtes Verhältnis von in- und ausländisch dominierten Betrieben und Konzernen. Der Anteil der ausländisch dominierten Unternehmen ist in Österreich während der 90er Jahre stark gestiegen. Österreich ist für internationale Konzerne ein interessanter Wirtschaftsstandort. Besonders hoch ist dieser Anteil in so genannten Technologiebranchen (Elektroindustrie, Chemische Industrie, Fahrzeugindustrie, Kommunikationsindustrie etc.).

*Österreich für internationale Konzerne interessanter Wirtschaftsstandort*

Bei der Forderung nach eigenständigen inländischen Großbetrieben geht es nicht darum, ob ausländische Investoren schlechter sind als inländische, sondern darum, dass es auch in Österreich eigenständige Großunternehmen mit ihren Zentralen im Inland gibt. Ein guter Wirtschaftsstandort ist durch eine gute Mischung aus vielen Klein- und Mittelbetrieben, ausländischen Tochterunternehmen und inländischen Großunternehmen gekennzeichnet. In Firmenzentralen wird die besonders wichtige Forschung betrieben, dort ist das Spitzenmanagement ansässig, dort werden die wichtigen Entscheidungen getroffen. Die Gewinne aus Beteiligungen im Ausland fließen der Konzernzentrale zu.

Österreichische Direktinvestitionen im Ausland (aktive DI)  
 Ausländische Direktinvestitionen im Inland (passive DI)

<b>Marktwert aktiver und passiver DI (in Mrd. ATS)</b>		
	aktiv	passiv
1993	70,5	179,9
1995	91,7	253,3
1997	144,1	358,2
1998	182,7	343,2

<b>Verwendung von Erträgen aktiver und passiver DI 1998 (in Mrd. ATS)</b>		
	aktiv	passiv
Gewinntransfer	5,0	15,9
Reinvestitionen	30,5	35,9

<b>Zahlungen von Patent- und Managementgebühren, Waren- exporte/Importe, Dienstleistungsexporte/Importe von/an Töchter 1998 (in Mrd. ATS)</b>		
	aktiv	passiv
Patentgebühren von Töchtern	0,38	3,49
Managementgebühren von Töchtern	0,63	2,69
DL-Exporte an Töchter	2,53	9,16
Warenexporte an Töchter	31,11	168,77

Quelle: ÖNB

### 3.4. Beispiele aus dem Ausland: Eigentümerpolitik deutscher Bundesländer

*Land Niedersachsen: Beteiligungen an der Salzgitter AG und Volkswagen AG*

Das Land Niedersachsen betreibt eine eigene Beteiligungsgesellschaft für Industrie- und Dienstleistungsunternehmen (Hann. Beteiligungs GmbH). Über diese Gesellschaft hält das Land Niedersachsen Beteiligungen an der Salzgitter AG (25,5 %) und der Volkswagen AG (18,64 % stimmberechtigte Aktien). Begründet wird diese Beteiligung folgendermaßen: „Die Volkswagen AG ist mit der Konzernleitung in Wolfsburg und Produktionsstandorten in Braunschweig, Emden, Hanno-

ver, Salzgitter und Wolfsburg mit über 80.000 Arbeitnehmern der mit Abstand wichtigste Arbeitgeber in Niedersachsen. Die PKW-Produktion in vorgenannten Standorten hat darüber hinaus unmittelbare Auswirkung auf die Arbeitsplätze der niedersächsischen KFZ-Industrie. Das Land hat daher ein außerordentliches Interesse an dem Bestand und der Entwicklung dieser Standorte.“<sup>11</sup>

Weitere Beteiligungen werden am Flughafen Hannover, der Deutschen Messe Hannover gehalten. Die Norddeutsche Landesbank (40 % Land Niedersachsen) hält ebenfalls direkte (Salzgitter 14,3 %) und indirekte Beteiligungen (NORD Holding Unternehmensbeteiligungs GmbH) an Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Auch Kommunen sind an verschiedenen Unternehmen beteiligt (Hannover z. B. Flughafen, Deutsche Messe etc.).

*Interesse am Bestand und der Entwicklung der Standorte*

Ähnliche Strukturen sind im Land Baden-Württemberg erkennbar. Die Landesbank Baden-Württemberg ist zu 39,5 % im Besitz des Landes. An der Württembergischen Bank AG ist das Land über eine Beteiligungsholding zu 26 % beteiligt, ebenfalls die Landesbank zu 10 %. Die Beteiligungsholding des Landes und die genannten Banken sind an zahlreichen Industrie-, Energie- und Dienstleistungsbetrieben beteiligt (z. B. Schwäbische Hüttenwerke, Südwestdeutsche Salzwerke, Energie Baden-Württemberg, Flughafen Stuttgart). Auch Kommunen und Kreise sind an Unternehmen beteiligt.<sup>12</sup>

*Baden-Württemberg: ähnliche Strukturen*

Die Bayerische Staatsregierung begründet in ihrem Beteiligungsbericht für das Jahr 1999 Unternehmensbeteiligungen wie folgt: „Das Halten oder Verkaufen von Beteiligungen an Unternehmen, die am Markt aktiv sind, ist im Einzelfall pragmatisch nach Opportunitäts Gesichtspunkten zu beurteilen. Dazu gehören insbesondere: der aktuelle Wert des Unternehmens (Kurs), die Sicherung von Standortinteressen sowie die aktuelle Notwendigkeit der Stärkung staatlicher Finanzkraft.

*Bayerische Staatsregierung*

*Standortinteresse Bayerns im Vordergrund*

( ) Für eine Beteiligung kann im Ausnahmefall vor allem das Standortinteresse Bayerns im Vordergrund stehen. Der sich

stetig verschärfende globalisierte Wettbewerb nimmt immer weniger Rücksichten auf Standorte, lokale oder regionale Interessen. Es ist das legitime Recht, ja die Verpflichtung des Staates, diese Standortinteressen im Wettbewerbsgeschehen – soweit im Rahmen einer Kapitalbeteiligung möglich – geltend zu machen.“<sup>13</sup>

Der Freistaat Bayern war größter Einzelaktionär des VIAG-Konzernes (und ist es auch an der neuen E.ON, welche aus der Fusion mit dem VEBA-Konzern entstanden ist). Über die Bayerische Forschungsstiftung und Landesstiftung besteht eine Beteiligung an der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank, welche wiederum Beteiligungen an der E.ON AG hält usw.

*pragmatische  
Herangehensweise*

Vorbildhaft ist die pragmatische Herangehensweise, was die Eigentümerfrage von Unternehmen mit herausragender regionaler Bedeutung betrifft. Das Beispiel Niedersachsen steht dabei für ein direkteres Agieren (Beteiligung über eigene Beteiligungsgesellschaften), das Beispiel Bayern für konzentriertes Agieren, indem regionale Akteure (Banken, Großunternehmen, Kommunen etc.) oftmals im Einvernehmen (oder gemeinsam) mit der Staatsregierung Beteiligungen zur Standortsicherung oder Standortentwicklung eingehen.

#### 4. Schlussbemerkung

*Interessens-  
vertretungen der  
Arbeitnehmer-  
Innen  
warnen vor  
überhasteten  
Schritten*

Die Vorgangsweise der Bundesregierung bei den Privatisierungsvorhaben ruft nicht nur bei der Opposition heftige Kritik hervor. Auch Wirtschaftskreise und vor allem die Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen AK und ÖGB warnen vor überhasteten Schritten: So muss die Eigentümerfrage bei Großunternehmen auch industrie- und standortpolitisch beantwortet werden: Welche Auswirkungen hat der Verkauf an einen internationalen Konzern oder über die Börse für das betroffene Unternehmen und für die Region? Wie soll die Eigentümerstruktur beschaffen sein, dass sich ein Unternehmen im Interesse unseres Landes bestmöglichst entwickeln kann? Welche Auswirkungen sind auf die Wiener Börse zu erwarten?

Auch in den anderen Bereichen müssen Fragen aufgeworfen werden: Welche sozialpolitischen Auswirkungen gehen mit Privatisierungen etwa bei bisher gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften einher? Allgemein werden Mietzinssteigerungen trotz gesetzlicher Regelung erwartet. Außerdem wird durch die erfolgte Aberkennung der Gemeinnützigkeit der zu privatisierenden Genossenschaften letztlich der gesamte soziale Wohnbau in Frage gestellt.<sup>14</sup>

*Privatisierung  
gemeinnütziger  
Wohnungs-  
genossenschaften*

Selbst der Verkauf von großen Waldflächen ist keineswegs unproblematisch und hat bereits zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Welchen Sinn macht es, neuen Großgrundbesitz zu schaffen, der dann wiederum über verschiedene Agrarförderprogramme öffentlich subventioniert wird? Mit welchen Auswirkungen ist bei einer privatwirtschaftlichen Nutzung von Erholungsräumen (Seeufer, Forstgebiete) und Trinkwasserreserven zu rechnen? Das Unternehmen Bundesforste würde zumindest eine enorme Belastung zu tragen haben. Der Schuldendienst für 3 Mrd. Schilling, welche die Öbf an den Bund kurzfristig abzuliefern hätte, würde jährlich 170 Millionen Schilling betragen.<sup>15</sup>

*enorme  
Belastung für  
Unternehmen  
Bundesforste*

Insgesamt ist die Privatisierungswelle, welche Österreich derzeit erfasst, in einen größeren Zusammenhang zu stellen. EU-weit wird die marktwirtschaftliche Öffnung bisher gemeinnütziger Bereiche vorangetrieben. Die Privatisierung von Energieunternehmen, Verkehrsbetrieben, Post- und Telekommunikationsbetrieben, Ver- und Versorgungsunternehmen und andere Unternehmen in öffentlichem Eigentum ist ein wesentlicher Aspekt dieser Liberalisierung. Dabei kommt es zwangsweise zu starken Konzentrationstendenzen in den einzelnen Branchen. Beispielsweise wird der europäische Telekommarkt in Zukunft vielleicht zwischen zwei oder drei Unternehmen aufgeteilt. Es kommt somit zu einer Differenzierung von Zentren und Peripherie als sich selbst verstärkenden Prozess, der, wenn er einmal begonnen hat, nicht mehr leicht umzukehren ist. Kleine Volkswirtschaften, wie Österreich, laufen dabei Gefahr, zur wirtschaftlichen Peripherie herabzusinken. Deshalb ist der Frage der Eigentümerstruktur der heimischen

*markt-  
wirtschaftliche  
Öffnung gemein-  
nütziger Bereiche*

*Differenzierung  
von Zentren und  
Peripherie;  
Gefahr für  
Österreich*

Wirtschaft verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Aufgabe der ÖIAG ist hier sehr zentral und darf nicht zur Ausverkaufsagentur dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend verkommen.

**Literaturnachweise:**

- Der Einfluss von Auslandseigentum in der österreichischen Industrie auf das Forschungs- und Technologiepotenzial. Studie des Instituts für Höhere Studien und der AMC – Management Consulting, Wien 1997.
- Hahn, F. R., Mooslechner, P., Pfaffermayr, M., Globalisierungstendenzen in der Österreichischen Wirtschaft – Corporate Citizenship (Strategisches Eigentum) als neue wirtschaftspolitische Herausforderung, Wien 1996, S. 85ff.
- Felderer, B., u. a., Public – Private – Ownership, Wien 2000. Studie im Auftrag der Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen.
- Thurnheim, G., Trends in der Zusammenarbeit von öffentlichem und privatem Kapital bei Wirtschaftsunternehmen, Wien 2000.

**Anmerkungen:**

- 1 Trend Wirtschaftsmagazin, 3/2001.
- 2 Nach Berichten etwa des Nachrichtenmagazins Profil nehmen Finanzminister Grasser bzw. Thomas Prinzhorn immer wieder Einfluss auf die Politik der Holding. So verhandelten sie beispielsweise mit Kandidaten ihrer Wahl bezüglich des Postens des AUA-Vorstandes, obwohl sie dazu rechtlich gar nicht befugt sind. Vgl. Profil, 29. Jänner 2001, S. 5 ff.
- 3 Trend Wirtschaftsmagazin, 3/2001.
- 4 Vgl. Der Standard, 31. 1. 2001.
- 5 Wirtschaftsblatt, 20. 12. 2000. NA Rudolf Edlinger errechnete sogar einen Kursverlust von 38 Mrd. Schilling. Vgl. Parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Edlinger, Nürnberger und Genossen an den Bundesminister für Finanzen vom 1. 2. 2001.
- 6 Der Standard, 20. 11. 2000.
- 7 Der Standard, 20. 11. 2000.
- 8 Göweil, R., Auf der Suche nach privaten, österreichischen Kernaktionären, in: Finanznachrichten 2/2001, S. 6.

- 9 Hahn, F. R., Mooslechner, P., Pfaffermayr, M., Globalisierungstendenzen in der Österreichischen Wirtschaft – Corporate Citizenship (Strategisches Eigentum) als neue wirtschaftspolitische Herausforderung, Wien 1996, S. 85ff.
- 10 Vgl. Turnheim, G., Trends in der Zusammenarbeit von öffentlichem und privatem Kapital bei Wirtschaftsunternehmen, Wien 2000.
- 11 Beteiligungsbericht des Landes Niedersachsen.
- 12 Beteiligungsbericht des Landes Baden-Württemberg.
- 13 Beteiligungsbericht der Bayerischen Staatsregierung.
- 14 Vgl. Verkauf der Gemeinnützigkeit zur Budgetsanierung. Auswirkungen auf Mieter, sozialen Wohnungsbestand und öffentliche Haushalte, in: Wohnpolitik – Information für Entscheidungsträger. Ausgabe Dezember 2000, Hg.: Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen – Revisionsverband.
- 15 Der Standard, 12. Jänner 2001.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)